

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Heinz Oskar Vetter MdEP
verurteilt den Zimmermann-
Anschlag auf das Asylrecht:
Mit Ausländerfeindlichkeit
auf Stimmenfang.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger
MdB konfrontiert die
Unions-Parole „Weiter so“
mit der bayerischen Wirk-
lichkeit: Makabre Parole.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB
kritisiert den verhängnisvol-
len Bonner Umgang mit
der DB: Die Bahn ist kein
Auslaufbetrieb.

Seite 3

Dr. Uwe Jens MdB setzt
sich mit den Widersprüchen
in der Wirtschafts- und
Steuerpolitik der Koalition
auseinander: Große Unsicher-
heit über den Konjunktur-
verlauf.

Seite 5

Dokumentation
Johannes Rau hat die Be-
triebsräte in der chemischen
Industrie um Unterstützung
für eine „umwelt- und ge-
sundheitsverträgliche Che-
miepolitik“ gebeten. Wort-
laut

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

42. Jahrgang / 6

9. Januar 1987

Mit Ausländerfeindlichkeit auf Stimmenfang

Zu Zimmermanns Forderung, das Grundrecht auf Asyl zu tilgen

Von Heinz Oskar Vetter MdEP
Asylbeauftragter der Sozialistischen Fraktion im Europäischen
Parlament

Mit seiner Forderung, das Grundrecht auf Asyl aus dem Grund-
gesetz zu streichen, wird Bundesinnenminister Zimmermann auf
den entschiedenen Widerspruch der SPD-Europaabgeordneten
stoßen. Zimmermann hat sich in Theorie und Praxis erneut un-
tauglich für das Amt des Verfassungsministers erwiesen.

Tatsächlich ist Zimmermann der billige Jakob jeder Wahlkam-
pagne der Unionsparteien, seit dort erkannt worden ist, daß man
mit Ausländerfeindlichkeit und Fremdenangst am rechten Wäh-
lerrand noch etwas abfischen kann. Zimmermann ist bereit, ein
Grundrecht für einen Spottpreis zu schleudern, das mit dem Blut
Tausender Opfer des Nazi-Terrors in unsere Verfassung geschrie-
ben worden ist.

Die Frage der Aufnahme-fähigkeit der Bundesrepublik und der
EG-Staaten für Flüchtlinge zu stellen, bedeutet angesichts der
Situation in den von den Fluchtbewegungen besonders betroffe-
nen Staaten eine Verhöhnung der wirklich Betroffenen. Mehr
als 15 Millionen Menschen sind heute weltweit auf der Flucht.
Sie fliehen vor Krieg und Bürgerkrieg, vor Verfolgung, vor Hunger
und Elend. Nur ungefähr fünf Prozent suchen und finden Zu-
flucht in Europa.

Ich fordere seit langem, das Asylrecht in Europa zu vereinheit-
lichen, aber dazu muß das Grundgesetz nicht geändert werden.
Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind in Europa durch zahl-
reiche Konventionen und Entschlüsse europäischer und in-
ternationaler Organisationen wie etwa der Genfer Flüchtlings-
konvention bereits erfüllt. Es fehlt nur an dem notwendigen poli-
tischen Willen der zuständigen Regierungen; insbesondere der
Herren Kohl und Zimmermann. (-/9.1.1987/rs/ks)



Bayern vorn in der Winterarbeitslosigkeit

Die Unions-Parole „Weiter so“ wirkt geradezu makaber

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD

Die Arbeitslosenzahlen vom Dezember 1986 sind ein ernüchternder Beleg für den gravierendsten Mißerfolg der konservativen Wendepolitiker in Bonn und München. Es hat sich nämlich seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das Kohlsche Pannenkabinett im Jahr 1982 die Massenarbeitslosigkeit auf einem Niveau von mehr als zwei Millionen offiziell registrierten Erwerbslosen strukturell verfestigt. Zum Jahresende 1986 stieg im Bundesgebiet die Arbeitslosigkeit um 150.000 auf nunmehr 2,218 Millionen beschäftigungslose Frauen und Männer.

Trotz allem amtlich zur Schau gestellten Wirtschaftsoptimismus in Bonn und München steht heute fest: Die Massenarbeitslosigkeit, die 1982 zum Zeitpunkt der größten Rezession unter der sozialliberalen Regierungsverantwortung 1,833 Millionen erreicht hatte, hat trotz günstiger Rahmendaten nicht abgenommen, sondern ist im Gegenteil weiter angestiegen. In keinem Monat der Kohl-Regierung unterschritt die Arbeitslosenzahl die Zwei-Millionen-Grenze, während sie in keinem Monat der sozialliberalen Regierungszeit diese Grenze erreichte.

Die „Weiter so“-Parolen der Union erhalten vor dem Hintergrund dieser beschäftigungspolitischen Fehlleistungen der Konservativen geradezu einen makabren Wortsinn.

In Bayern stieg die Arbeitslosigkeit im Dezember um 54.503 neuer Arbeitsloser. Dies ist mehr als jeder dritte Arbeitnehmer, der im Dezember 1986 im ganzen Bundesgebiet seinen Arbeitsplatz verlieren mußte. Fürwahr eine traurige und beschämende Spitzenposition, die Bayern seit Jahren bei der Winterarbeitslosigkeit im Bundesgebiet innehat. Ebenso zeigt sich jetzt wieder die innerbayerische Schiefelage auf dem Arbeitsmarkt, das von der CSU seit Jahrzehnten tatenlos hingenommene Süd-Nord-Gefälle.

Wenn wie in den Arbeitsamtbezirken Deggendorf mit 16,2 Prozent, in Passau mit 15,8 Prozent, in Schwandorf mit 14,4 Prozent, in Weiden mit 11,6 Prozent, in Pfarrkirchen mit 10,6 Prozent und Bayreuth mit 10,5 Prozent große Teile von Nord- und Ostbayern zweistellige Arbeitslosenraten zum Jahresbeginn 1987 aufweisen, reduziert sich die in Wahlreden der CSU zur Schau gestellte Protzerei vom Wirtschaftswunderland Bayern als reiner Wahlkampfrummel.

Tatsache ist, daß Bayern nach vierjährigen Wachstumsraten im Jahr 1986 monatlich mehr als 314.000 Arbeitslose im Durchschnitt registrieren mußte, während im Jahr 1982 monatsdurchschnittlich 305.000 registrierte Erwerbslose waren. Dieser beschäftigungspolitische Fehlschlag der CSU-Staatsregierung nach mehrjährigem Aufschwung ist die Quittung für die angebotsorientierte CSU-Wirtschaftspolitik, die sich in passivem Nichtstun erschöpfte.

(-/9.1.1987/rs/ks)

* * *



Die Bahn ist kein Auslaufbetrieb

Zum verhängnisvollen Bonner Umgang mit der DB

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der Bundesfinanzminister betreibt eine verhängnisvolle Politik gegen die Deutsche Bundesbahn (DB). Er will verhindern, daß das Eisenbahnnetz leistungsfähig ausgebaut wird: Die Vorhaben der DB für den Ausbau und Neubau von Schienenstrecken will er stoppen und die notwendige Beschaffung der ICE-Hochgeschwindigkeitszüge verhindern.

In den Abstimmungsgesprächen über die Genehmigung des Wirtschaftsplans der DB ist dies deutlich geworden, obwohl die Bundesregierung gleichzeitig bemüht ist, dieses Thema vor der Wahl unter der Decke zu halten.

Im Bundesverkehrswegeplan 1985 hat die Bundesregierung entschieden, welche Verkehrswege von 1986 bis 1995 gebaut und auch, welche Strecken der DB in diesem Zeitraum neu- und ausgebaut werden sollen. Dabei hat sie nach eigenen Aussagen alle Verkehrswege nach gleichen Kriterien bewertet. Nur Baumaßnahmen mit großen gesamtwirtschaftlichen Vorteilen hat sie in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Wiederholt hat sie sich in diesem Rahmen gebrüstet, sie habe erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik den Schwerpunkt der Investitionen von der Straße zugunsten der Bahn verschoben. 35 Milliarden DM werde sie in den nächsten zehn Jahren für den Ausbau des Schienennetzes zur Verfügung stellen.

In Wahrheit hat aber der Bundesfinanzminister die Weichen bereits gestellt, um nach der Bundestagswahl die nachstehenden Bauvorhaben der DB zu stoppen:



Ausbaustrecke Fulda-Frankfurt/Main-Mannheim	Milliarden	DM	1
Neubau- und Ausbaustrecke Karlsruhe-Offenburg-Basel	Milliarden	DM	1,7
Neubaustrecke Köln-Frankfurt	Milliarden	DM	5,5
Ausbaustrecke Mainz-Mannheim	Milliarden	DM	0,5
Neubaustrecke Stuttgart-Augsburg	Milliarden	DM	2,2
Ausbaustrecke Dortmund-Kassel	Milliarden	DM	1,8
Neubaustrecke Nürnberg-München	Milliarden	DM	2,4
Ausbaustrecke München-Salzburg	Milliarden	DM	0,6
Ausbaustrecke Hamburg-Harburg-Hamburg-Rothenburgsort	Milliarden	DM	0,6
		=====	
Summe	Milliarden	DM	16,3
		=====	

Im Ergebnis soll nach den Vorstellungen des Finanzministers die Bundesrepublik auf ein hochleistungsfähiges Schienennetz verzichten. Die derzeit im Bau befindlichen Neubaustrecken Hannover-Würzburg und Mannheim-Stuttgart will er zum Torso verkümmern lassen. Hochgeschwindigkeitszüge hält er für nutzlos. Deshalb sucht er der Bahn die vorgesehene Bestellung von 41 ICE-Zügen mit einem Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden DM zu verbieten.

Diese Aufträge hätte die Deutsche Lokomotiv- und Waggonbauindustrie sowie die in diesen Bereichen beschäftigten Arbeitnehmer gut gebrauchen können. Die Fertigungskapazitäten für diese Fahrzeuge sind über die gesamte Bundesrepublik einschließlich Berlin/West verteilt. Auch hätte die deutsche Industrie mit dem Einsatz dieser Züge in der Bundesrepublik beste Chancen, diese Fahrzeuge auf den Weltmärkten zu verkaufen.

Wortreiche Dementis der Bundesregierung helfen nicht - ihre Taten beweisen: Sie will ihre schienenfeindliche Politik fortsetzen und nach der Bundestagswahl forcieren. Der Finanzminister möchte die DB zur Schrumpfbahn reduzieren. Er sieht für die Schiene keine Zukunftsperspektive. Offenbar liebäugelt er mit französischen Verhältnissen.

(-/9.1.1987/rs/ks)

* * *



Große Unsicherheit über den Konjunkturverlauf 1987

Die Positionen der Koalition sind in sich widersprüchlich

Von Dr. Uwe Jens MdB
Obmann der SPD im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

In auffälligem Mißverhältnis zu den recht optimistischen Wachstumsaussichten für das laufende Jahr stehen die Forderungen, die für 1988 vorgesehene Steuersenkung vorzuziehen, um den Konjunkturverlauf zu stützen.

Geradezu unverständlich widersprüchlich erscheint der Wachstumsoptimismus des FDP-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers Bangemann und des wirtschaftspolitischen Sprechers der FDP, Graf Lambsdorff, auf der einen Seite und das Verlangen, daß die Steuersenkung 1988 sogar mitten im Jahr vorgezogen werden soll. Ist die Abschwächung des Wirtschaftsverlaufs so bedrohlich, daß man diese Einsicht der Öffentlichkeit vorenthält, aber den Einsatz von Radikalmitteln fordert? Wird nun ein selbsttragender Aufschwung erwartet, oder fällt er ohne diese steuerlichen Stützungsmaßnahmen in sich zusammen?

Auch zwischen den Einschätzungen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute über den Konjunkturverlauf in diesem Jahr bestehen erstaunliche Differenzen. In seltsamem Widerspruch zu den Wachstumsraten stehen die Forderungen nach einer gesamtwirtschaftlich notwendigen Stützung durch eine vorgezogene Steuersenkung.

Weil in der Öffentlichkeit nicht zu erkennen ist, ob die Forschungsinstitute bei ihrer Wachstumsprognose schon die vorgezogene Steuersenkung einbezogen haben, habe ich folgende schriftliche Fragen an die Bundesregierung gestellt:

1. Kann die Bundesregierung mitteilen, ob in die Prognose des HWWA für das Jahr 1987 mit einem Wachstum des realen Bruttosozialproduktes von 2,5 von Hundert bereits die vorgeschlagene vorgezogene Steuersenkung als stützender Faktor eingegangen ist, wie die Entwicklung des Bruttosozialproduktes ohne die vorgezogene Steuersenkung verlaufen würde, oder ob mit einer solchen Steuersenkung das Wachstum über 2,5 von Hundert verstärkt werden soll?
2. Kann die Bundesregierung beurteilen und darlegen, in welchen ökonomischen Annahmen insbesondere die Unterschiede zwischen der Plus-1,5-von Hundert-Prognose des DIW und der 2,5-von Hundert-Prognose des HWWA begründet sind?

(-/9.1.1987/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION**Rau-Brief an Betriebsräte: Für eine umweltverträgliche Chemie-Politik**

Johannes Rau hat die Betriebsräte in der chemischen Industrie um Unterstützung für eine „umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik“ gebeten. In einem Brief, der über die der SPD angehörenden Betriebsratsvorsitzenden an die Adressaten gelangt, schreibt Johannes Rau, daß weder die Verharmlosung der Gefahren noch die Verdammung der Chemieindustrie weiterhelfe. Das Schreiben von Johannes Rau hat folgenden Wortlaut:

„In den letzten Monaten sind die Risiken der chemischen Stoffe und Produktionsweisen zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen geworden. Die Reaktionen auf die Kette von Chemieunfällen am Rhein reichen von Verharmlosung und Beruhigung bis zu wirklichkeitsfremden Verdammung der Chemieindustrie. Beides hilft nicht weiter, erforderlich ist vielmehr eine verantwortliche Abwägung von Nutzen und Gefahren.

Unsere moderne Industriegesellschaft kann nicht auf die Beiträge und den Fortschritt der Chemie verzichten: Sie trägt in beträchtlichem Umfang zu unserem Wohlstand, zum Schutz unserer Gesundheit und zur Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft bei. Andererseits ist aber nicht zu verantworten, erkannte Umwelt- und Gesundheitsgefahren chemischer Stoffe und Verfahren zu ignorieren oder zu verniedlichen. Das wäre auch deshalb kurzsichtig, weil neben schwerwiegenden Risiken für die Umwelt vor allem die Beschäftigten in der chemischen Industrie zum Schutz ihrer Gesundheit einen Anspruch auf umweltverträgliche Herstellungsverfahren haben.

IG Chemie und SPD betonen aus dieser Einsicht: Auf Dauer sind nur die Arbeitsplätze sicher, die auch umweltverträglich sind. Deshalb brauchen wir zum Schutz von Umwelt und Gesundheit und zur Sicherung der Arbeitsplätze eine systematisch, langfristig ausgerichtete Chemiepolitik und eine ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu ein Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik in den Bundestag eingebracht. Der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, war maßgeblich an der Erarbeitung beteiligt. Die SPD sieht in diesem Konzept eine Basis, um

- Produkte zu erzeugen, die für das Leben der Menschen benötigt werden;
- sichere und gesunde Arbeitsplätze zu bieten, damit die Arbeitnehmer ihre wirtschaftliche Absicherung in dieser Gesellschaft erhalten;
- umweltverträgliche und zukunftsorientierte Technik einzusetzen, damit es sich lohnt, auf dieser Welt zu leben, auch für zukünftige Generationen.

Diese richtige Initiative für eine zukunftsorientierte Industriepolitik wird leider von den heutigen Regierungsfractionen abgelehnt. Ich bitte Euch deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Chemieindustrie, um Eure Unterstützung für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik. Sie ist nur mit Eurer aktiven Unterstützung zu verwirklichen. Die SPD fordert deshalb auch mehr Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte für die Beschäftigten.

Eine moderne Industriegesellschaft ist nur leistungsfähig, wenn bei der Entwicklung und Anwendung von Technik prinzipiell der Schutz von Umwelt und Gesundheit Berücksichtigung finden.

Unsere Chemiepolitik gefährdet keine Arbeitsplätze, sie will im Gegenteil die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie langfristig sichern. Dazu müssen wir heute gemeinsam handeln.“

(-/9.1.1987/vo-he/rs)

* * *